



[www.laender-analysen.de/ukraine](http://www.laender-analysen.de/ukraine)

## RENTENREFORM SOZIALDATEN

■ ANALYSE	
Rentenreform in der Ukraine – auf dem Weg zu einem tragfähigeren System der Altersvorsorge	2
Von Oleksandra Betliy (Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew)	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Lohn, Rente, Rentenkasse der Ukraine	5
■ UMFRAGE	
Ansichten der ukrainischen Bevölkerung zum Rentensystem und zur Rentenreform	7
■ STATISTIK	
Aktuelle Sozialdaten	12
■ CHRONIK	
9. – 22. April 2018	15

## Rentenreform in der Ukraine – auf dem Weg zu einem tragfähigeren System der Altersvorsorge

Von Oleksandra Betliy (Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew)

### Zusammenfassung

Im Oktober 2017 wurde in der Ukraine eine umfassende Rentenreform verabschiedet. Das Rentensystem war zuvor nicht tragfähig. Die Durchschnittsrente in der Ukraine ist eine der niedrigsten in Europa, die Rentenverpflichtungen sind im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt hoch und die Defizite der Rentenkasse werden aus dem Staatshaushalt ausgeglichen. In den letzten 15 Jahren wurden zahlreiche Versuche unternommen, die Tragfähigkeit des Rentensystems zu erhöhen. Der vorliegende Beitrag blickt auf diese Versuche zurück, stellt die aktuelle Rentenreform vor und liefert eine Einschätzung ihrer Erfolgsaussichten.

### Einleitung

Die Ukraine ist seit Langem von einer ungünstigen demografischen Entwicklung mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung betroffen. Diese Situation wird sich wahrscheinlich in naher Zukunft nicht verändern. Außerdem hat die Ukraine kein tragfähiges Rentensystem. Die für 2017 geplante Rentenreform stand daher unter beträchtlichem Erfolgsdruck. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine sind die Rentenverpflichtungen hoch, wobei jedoch die Durchschnittsrente eine der niedrigsten in Europa ist. Seit vielen Jahren werden die hohen Defizite der Rentenkasse aus dem Staatshaushalt ausgeglichen, was zu einer Einschränkung des finanzpolitischen Spielraums des Landes führt. Daher war es nicht überraschend, dass eine Rentenreform zu den Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), gestützt von der Erweiterten Fondsfazilität (EFF), gehörte. Sowohl dieser Umstand als auch die Ungerechtigkeit des Rentensystems bewegten die Regierung 2017 dazu, eine Rentenreform zu verabschieden.

### Rückblick auf die Rentenreform von 2003

Der letzte größere Versuch, eine umfassende Rentenreform mit dem Ziel der finanziellen Konsolidierung des Rentensystems umzusetzen, wurde 2003 unternommen. Die »Säule der Solidarität« (obligatorische umlagefinanzierte Rentenversicherung) sollte reformiert und durch eine zweite kapitalgedeckte Säule (»Säule der Akkumulation«, ebenfalls obligatorisch) und durch eine dritte Säule (freiwillige private Rentenversicherung) ergänzt werden. Die Einführung der zweiten Säule wurde aufgrund hoher Defizite der Rentenkasse mehrmals verschoben, da ein ausgeglichenes Budget der umlagefinanzierten Rentenversicherung als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Einführung der Säule der Akkumulation gesehen wurde.

Private Rentenversicherungen, Banken und Lebensversicherungen nahmen ihre Tätigkeit als Repräsentanten der dritten Säule des Rentensystems im Jahr 2004 auf. Dieser Bereich ist – obwohl er direkt nach

der Einführung schnell wuchs – noch unterentwickelt. Er wurde 2009 und dann 2014 stark von Konjunkturabschwächungen getroffen. Laut Sozialministerium beläuft sich das Gesamtvermögen der privaten Rentenversicherungen derzeit auf 2,1 Milliarden Hrywnja, wovon 50 Prozent auf Vermögenswerte der privaten Rentenkasse der Nationalbank der Ukraine entfallen.

Mit der Reform von 2003 wurde eine formelbasierte Rentenberechnung eingeführt. Sie verknüpfte die Höhe der Rente mit der Rentenversicherungszeit, das heißt mit der Anzahl der Jahre, in denen Rentenbeiträge gezahlt wurden, sowie mit der Höhe der Beiträge. Gleichzeitig blieben einige Schwächen des Rentensystems bestehen, darunter eine schmale Beitragsbasis, Vorruhestandsregelungen und Rentenprivilegien für bestimmte Berufsgruppen (Betliy/Giucci 2011, <[http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy\\_papers/German\\_advisory\\_group/2011/PP\\_01\\_2011\\_eng.pdf](http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy_papers/German_advisory_group/2011/PP_01_2011_eng.pdf)>). Diese Schwächen des Rentensystems sowie eine schnelle Erhöhung der Mindestrente, die wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen war, haben die Rentenreform scheitern lassen. Der plötzliche Anstieg der Mindestrente in den Jahren 2004 und 2005 führte zu einem hohen Prozentsatz von Rentnern mit Renten unterhalb des Mindestbetrags oder um ihn herum. Wenn die berechnete Rente unter dem Mindestniveau lag, glich die Regierung die Differenz mit einer speziellen staatlichen Transferleistung an die Rentenkasse aus. Die Lage verschlechterte sich 2009, als die realen Mindestrenten stiegen, obwohl der reale Durchschnittslohn sank. So wurde die Ausdifferenzierung der Renten, die sich eigentlich aus der eingeführten formelbasierten Rentenberechnung ergeben sollte, wesentlich eingeschränkt.

### Defizite der Rentenkasse

Die schnelle Erhöhung der Mindestrente, die nicht der wirtschaftlichen Entwicklung entsprach, führte zu einem ganz und gar nicht tragfähigen Rentensystem. Die Rentenkasse schreibt seit 2004 rote Zahlen. Die Defizite werden mit besonderen Transferleistungen aus dem Staats-

haushalt ausgeglichen. Außerdem glich die Rentenkasse das Defizit zwischen 2006 und 2013 auch mit Krediten aus der Staatskasse aus, die ursprünglich für die Behebung von kurzfristigen Zahlungsschwierigkeiten gewährt worden waren (insgesamt schuldet die Rentenkasse dem Staat immer noch 48,1 Milliarden Hrywnja, und das obwohl ein Teil der Kredite abgeschrieben wurde). Die staatlichen Transferleistungen an die Rentenkasse zur Finanzierung besonderer Rentenprogramme erhöhten sich teils auch aufgrund der Notwendigkeit, die Renten derjenigen Rentner, deren berechnete Renten unter dem Mindestniveau lagen, auf diesen Mindestbetrag aufzustocken.

### **Anhebung von Renteneintrittsalter und Mindestversicherungszeit – Veränderungen ab 2011**

Im Jahr 2011 unternahm die Regierung einen weiteren Versuch, die Tragfähigkeit des Rentensystems zu erhöhen. Nach langen Debatten stimmte sie schließlich der Anhebung des Renteneintrittsalters von Frauen zu. Deren Renteneintrittsalter sollte über einen Zeitraum von zehn Jahren (ab September 2011) stufenweise von 55 auf 60 Jahre angehoben werden. Dies hatte kurzfristig keine bedeutenden Auswirkungen auf die Defizite der Rentenkasse; mittel- und langfristig jedoch dürfte dieser Schritt zu einem langsameren Anwachsen der Rentenverpflichtungen führen. Gleichzeitig erhöhte die Regierung die Mindestversicherungszeit, nach der Menschen beim Erreichen des Rentenalters eine Rente beziehen können, von fünf auf 15 Jahre. Die Mindestversicherungszeit für den Erhalt einer Altersrente auf Mindestniveau (oder auf höherem Niveau) wurde für Frauen auf 25 Jahre (zuvor 20 Jahre) und für Männer auf 35 Jahre (zuvor 30 Jahre) angehoben. Sonderrenten blieben allerdings überwiegend bestehen. Zudem bekam ein großer Teil der Rentner weiterhin eine Rente in Höhe des Mindestlohns, da die Formel für die Rentenberechnung nicht überarbeitet wurde.

### **Verschlechterung der Lage ab 2014**

Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich im Jahr 2014, als sich die Ukraine mit der Wirtschaftskrise und dem militärischen Konflikt im Osten konfrontiert sah, und Russland die Krim annektierte. Die Regierung musste Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ergreifen, was unter anderem dazu führte, dass die Mindestrente 2014 nicht erhöht wurde. Zwischen 2014 und 2016 schränkte die Regierung die Rentenprivilegien leicht ein, zum Beispiel durch Festsetzung einer maximalen Rentenhöhe, Senkung der angesetzten Lohnbasis bei der Festlegung der Sonderrenten von Richtern, Staatsanwälten, Beamten und Abgeordneten sowie durch Beschneidung der Vorruhestandsregelungen. Die Renten von berenteten Personen, die weiter-

hin arbeiteten, wurden um 15 Prozent reduziert. Diese Maßnahmen waren jedoch nur Stückwerk und konnten die Tragfähigkeit des Rentensystems nicht langfristig gewährleisten. Gleichzeitig führten das langsame Wachstum der Mindestrenten und die fehlende Indexierung der Renten an die Inflation zwischen 2014 und 2017 zum Rückgang der realen Durchschnittsrenten. Die Regierung veränderte auch nicht den in der Rentenberechnungsformel berücksichtigten Durchschnittslohn (was praktisch die Bindung der Renten an das Lohnwachstum bedeuten würde; diese Indexierung war vor 2014 mehrere Jahre lang nicht vorgenommen worden). Das führte zu geringeren Verpflichtungen der Rentenkasse, aber vergrößerte gleichzeitig die Ungleichheit zwischen Rentnern, die vor längerer Zeit in den Ruhestand getreten waren, und jüngeren Rentnern. Die Lage von älteren Rentnern verschlechterte sich deutlich.

Die Tragfähigkeit des Rentensystems ist auch deshalb in Gefahr, weil auf einen Rentner ein Beitragszahler kommt. Dies ist teilweise auf eine vergleichsweise hohe Zahl informeller Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen. Darüber hinaus kommt es vor, dass selbst regulär Beschäftigte offiziell einen Lohn etwa in Höhe des Mindestlohns erhalten und der Rest dann inoffiziell ausgezahlt wird, was die Beitragsbasis der Rentenversicherung untergräbt. Davon abgesehen zahlen Unternehmer, bei denen das vereinfachte Steuersystem zur Anwendung kommt, den einfachen Sozialversicherungsbeitrag nur auf Mindestniveau (gleich dem Beitrag bei Mindestlohn). Die fehlende echte Differenzierung der Renten auf Grundlage der Erwerbstätigkeit verringert den Anreiz, am umlagefinanzierten Rentensystem teilzuhaben (laut Sozialministerium erhielten im September 2017 70 Prozent der Rentner Renten in Mindesthöhe). Das Rentenniveau betrug im Jahr 2017 laut Sozialministerium 34 Prozent – das ist im internationalen Vergleich ein niedriger Wert, was ebenfalls zu geringen Anreizen führt, sich am System zu beteiligen.

Gleichzeitig führte ein starker Rückgang der Zahlungen des einfachen Sozialversicherungsbeitrags zu einem bedeutenden Anstieg staatlicher Transferleistungen an die Rentenkasse, die im Jahr 2016 6 Prozent des BIP ausmachten. Angesichts all dieser Herausforderungen erarbeitete die Regierung eine Rentenreform, die Veränderungen am Umlagesystem vornahm. Mit der Reform wird das Ziel verfolgt, die Tragfähigkeit des Rentensystems durch ein höheres Renteneintrittsalter, das Gewähren stärkerer Anreize für die erwerbstätige Bevölkerung, Beiträge zu zahlen, und durch eine Begrenzung von Rentenprivilegien zu erhöhen. Eine umfassende Rentenreform gehörte auch zu den Vereinbarungen mit dem IWF über Reformen, die von der Erweiterten Fondsfazilität (EFF) gestützt wurden.

## Die Rentenreform von 2017

Daher stimmte das Parlament am 3. Oktober 2017 der Novelle zum Rentengesetz zu. Der verabschiedete Gesetzentwurf stellte einen Kompromiss zwischen der Gesetzesvorlage der Regierung und Hunderten Änderungen der Abgeordneten dar. Zu den am Ende angenommenen Punkten gehörten sowohl Rentenerhöhungen für derzeitige Rentner als auch etwas geringere Renten für zukünftige Rentner.

Besonders die Renten der derzeitigen Rentner wurden ab Oktober 2017 angepasst, und zwar durch die Anhebung des bei der Berechnung der Rentenhöhe angesetzten Durchschnittslohns. Rentner, die vor längerer Zeit in den Ruhestand getreten waren, erhielten Anspruch auf eine stärkere Rentenerhöhung. Gleichzeitig wurde einigen Rentner keine oder eine sehr geringe Rentenerhöhung gewährt: Das traf auf diejenigen zu, die vor kurzem in Rente gegangen waren, oder auf Menschen, bei denen die Neuberechnete Rente geringer als der gesetzlich definierte Mindestwert war oder diesem Mindestwert in etwa entsprach.

Ab 2018 wurde die Mindestversicherungszeit für einen Anspruch auf Altersrente von 15 auf 25 Jahre erhöht. Die Mindestversicherungszeit ist dann bis zum Jahr 2028 stufenweise von 25 auf 35 Jahre zu erhöhen. Das reguläre Renteneintrittsalter für Personen mit kompletter Versicherungszeit wird bei 60 Jahren bleiben. Gleichzeitig wird es Personen mit einer unvollständigen Versicherungszeit, die aber länger ist als 15 Jahre, möglich sein, mit 63 Jahren in Rente zu gehen. Wer nicht 15 Jahre lang versichert war, wird mit 65 Jahren in Rente gehen können und eine Sozialrente in Höhe des Existenzminimums erhalten, die auch für Menschen die ihre Erwerbsfähigkeit verloren haben, gedacht ist. Die Mindestaltersrente wird 40 Prozent des Mindestlohns betragen. Wer nicht über die erforderlichen Rentenversicherungszeiten verfügt, kann einen Pauschalversicherungsbeitrag entrichten, um Anspruch zu erlangen.

Die Rentenreform legte weiterhin fest, dass für das Rentenkonto nur die Zeiten berücksichtigt werden, in denen Rentenversicherungsbeiträge (zumindest in Mindesthöhe) gezahlt wurden. Allerdings wurden einige Differenzierungen in Bezug auf die Rentenversicherungszeit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen vorgenommen, wobei die veränderte Gesetzgebung der vergangenen Jahre berücksichtigt wurde.

Gleichzeitig werden neue Rentner, wenn sie in den Ruhestand treten, geringere Renten erhalten – vergleicht man diese Renten mit den alten Regelungen. Jedes Versicherungsjahr bringt nun eine Rente in Höhe von 1 Prozent des Jahreslohns ein (indexiert durch den wachsenden Durchschnittslohn), im Gegensatz zu vorher 1,35

Prozent. Die Regierung führte aber eine automatische Indexierung der Renten an den Mittelwert von Verbraucherinflation und Lohnwachstum ein, was Rentner vor einem starken Rückgang der Kaufkraft in Zeiten makroökonomischer Instabilität schützen wird. Die Regierung schaffte außerdem die Sonderrenten für Beamte, Wissenschaftler, Abgeordnete und so weiter ab.

Nach Schätzungen der Regierung wird die im Jahr 2017 verabschiedete Rentenreform das Defizit der Rentenkasse bis 2028 beheben. Das erscheint zu optimistisch, besonders da die offizielle Schätzung vorgenommen wurde, bevor die Einigung im Parlament erzielt wurde, die neben weiteren Änderungen eine höhere als ursprünglich geplante Mindestrente zur Folge hatte.

## Einführung der zweiten Säule des Rentensystems – Planungen für 2019

Die 2017 verabschiedete und eingeführte Rentenreform stellt eine Reform der umlagefinanzierten Alterssicherung dar. Sie wird die Tragfähigkeit des Rentensystems der Ukraine wahrscheinlich erhöhen, was in Zukunft stabile Rentenzahlungen an Menschen im Ruhestand gewährleisten wird. Dennoch wird das Rentenniveau nach offiziellen Schätzungen weiter niedrig bleiben (bei 35 Prozent im Jahr 2028). Um höhere Renten für zukünftige Rentner gewährleisten zu können, hat die Regierung daher angekündigt, die zweite Säule des Rentensystems (Säule der Akkumulation) einzuführen. Erste Schritte zur Umsetzung sollen bereits 2019 unternommen werden. In den Diskussionen über die Einführung der zweiten Säule des Rentensystems geht es zurzeit um verschiedene Fragen, unter anderem um den Zeitpunkt der Einführung und um die Ausgestaltung des Systems. Einer der Hauptkritikpunkte, was die Einführung der zweiten kapitalgedeckten Säule im Jahr 2019 betrifft, ist vor allem der Mangel an Anlageinstrumenten auf dem Markt aufgrund der unterentwickelten Börse. Die Weiterentwicklung der Börse erfordert neben weiteren Maßnahmen den Schutz der Eigentumsrechte. Diese Maßnahmen sollten vor der Einführung der zweiten Säule des Rentensystems ergriffen werden. Was die Ausgestaltung des Systems angeht, gibt es unterschiedliche Vorstellungen darüber, wer diese Komponente der Rentenversicherung anbieten soll: eine staatseigene – Kapital ansammelnde – Rentenkasse oder verschiedene Akteure der privaten Rentenversicherungen.

## Fazit

Daher ist der Startschuss für die Rentenreform in der Ukraine gerade erst gefallen, sie ist nun auf ihrem Weg. Noch ist nicht bekannt, wohin die Reise genau geht. Es ist jedoch klar, dass die Rentenkasse für die Entwicklung

von Tragfähigkeit Wirtschaftswachstum benötigt. Die Ukraine sollte weiter in verschiedenen Bereichen Reformen durchsetzen. Das schließt auch die Justizreform mit ein, die zu einem guten Schutz der Eigentumsrechte beitragen wird. Die Regierung sollte in den Haushaltsplan einen mittelfristigen Ausgabenrahmen einführen und für längerfristigen Erfolg damit beginnen, die Haushaltsausgaben mit Blick auf die alternde Gesellschaft

zu planen. Die Finanzmarktreform sollte weiterverfolgt werden. Davon abgesehen sollte die Regierung die Deregulierung fortsetzen, was zu besseren Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beitragen wird. Die zu erledigenden Hausaufgaben sind umfangreich. Aber sie sind machbar.

*Übersetzung aus dem Englischen: Katharina Hinz*

#### *Über die Autorin:*

Oleksandra Betliy ist seit 2002 Leading research fellow am Institute for Economic Research and Policy Consulting in Kiew. Sie war an internationalen Forschungsprojekten (unter anderem folgender Institutionen: Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und Weltbank) beteiligt. Ihre Forschungsinteressen sind Finanzpolitik und Steuerprognosen sowie soziale Fragen, einschließlich der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik.

Sie ist außerdem Länderexpertin beim SFB 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik« an der Universität Bremen, wo sie vor allem mit dem Teilprojekt B06 »Externe Reformmodelle und interne Debatten bei der Neukonzipierung von Sozialpolitik in der post-sowjetischen Region« kooperiert. Dieser Beitrag entstand in Vorbereitung auf die Auftaktkonferenz des SFB.

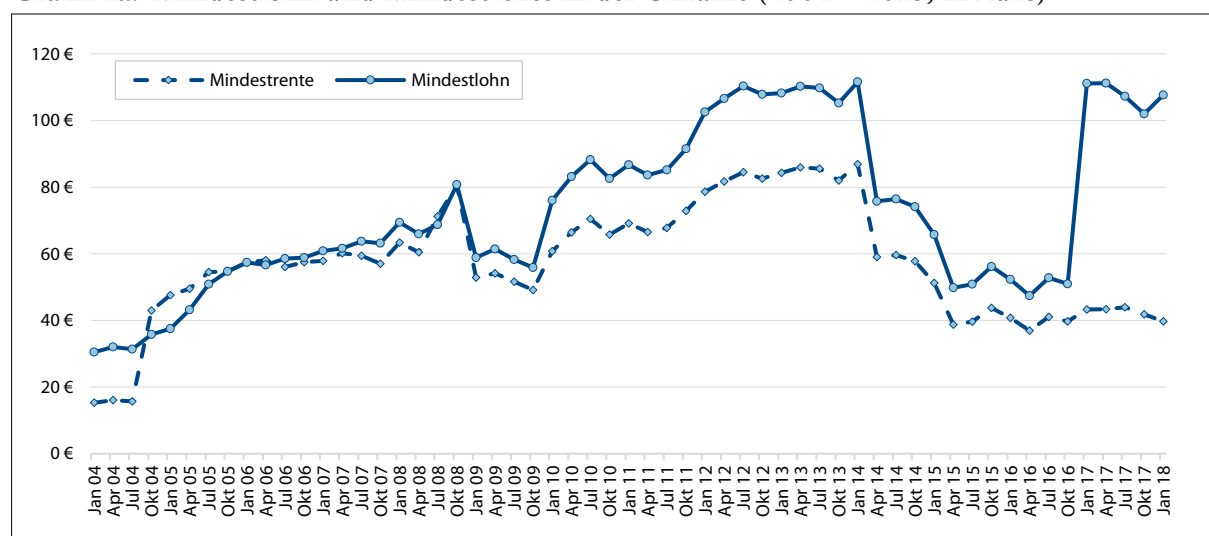
#### *Im Text zitierte Literatur:*

Oksana Betliy und Ricardo Giucci: Pension reform in Ukraine. Comments on the main features of the current Draft Law, Policy Paper Series [PP/01/2011], IER/GAG, February 2011, <[http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy\\_papers/German\\_advisory\\_group/2011/PP\\_01\\_2011\\_eng.pdf](http://www.ier.com.ua/files/publications/Policy_papers/German_advisory_group/2011/PP_01_2011_eng.pdf)>

## GRAFIKEN ZUM TEXT

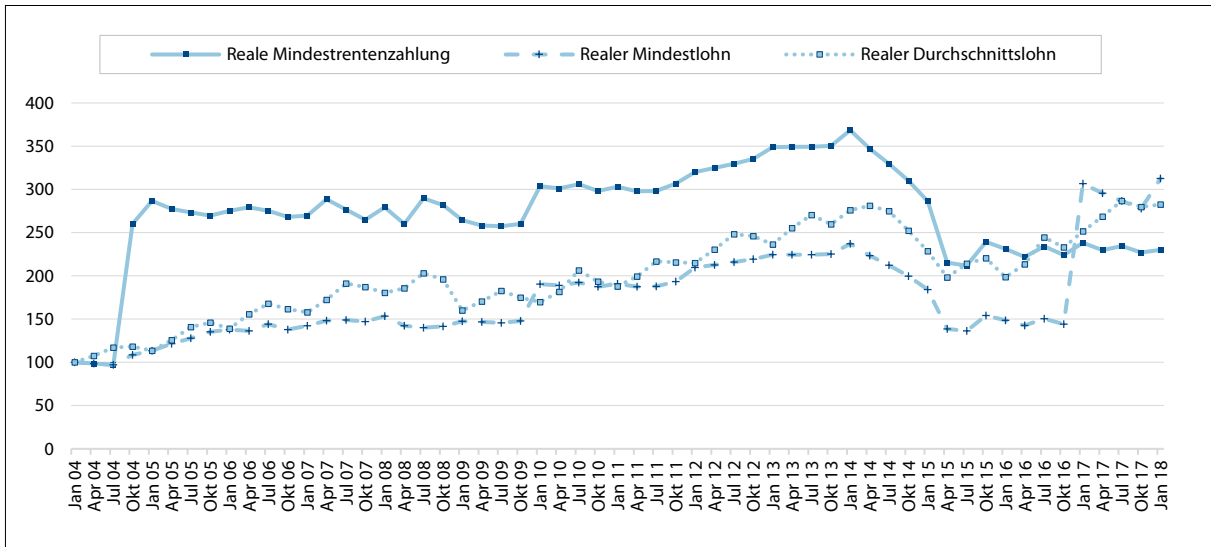
### Lohn, Rente, Rentenkasse der Ukraine

**Grafik 1a: Mindestlohn und Mindestrente in der Ukraine (2004 – 2018, in Euro)**



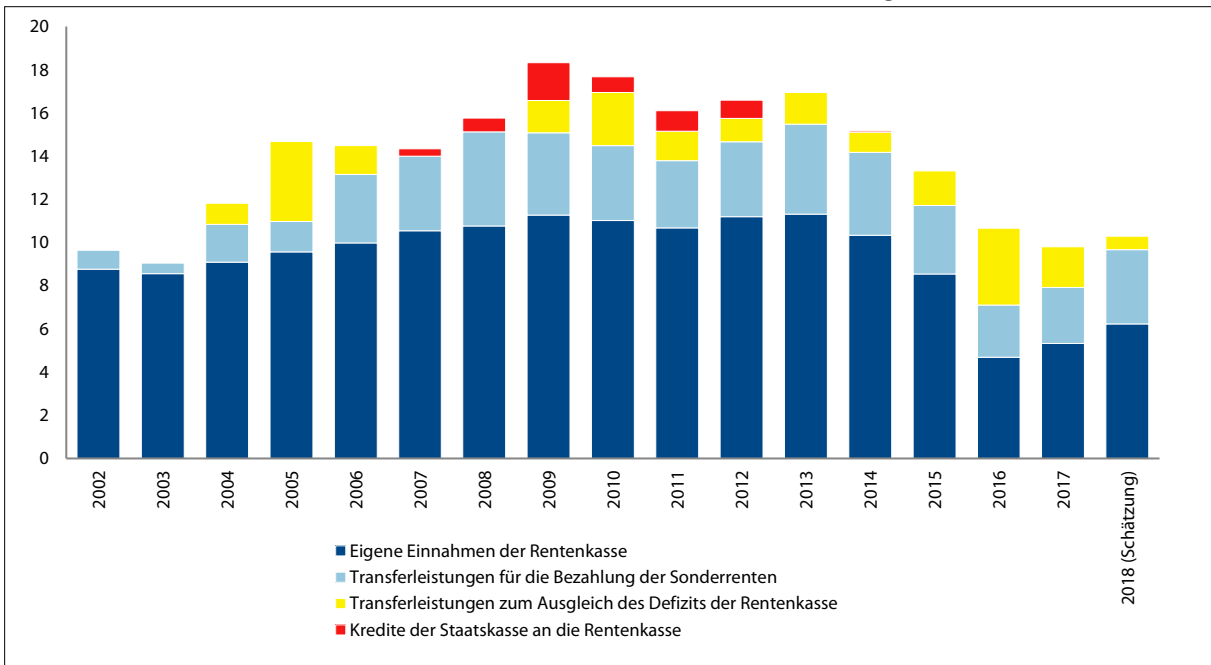
Quelle: Gesetze zum Staatshaushalt, Staatliches Statistikamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>; offizieller Wechselkurs (die jeweiligen Monatswerte) UAH – EUR laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, Monthly Monitor, <<http://www.ier.com.ua/en>>

**Grafik 1b: Realer Durchschnittslohn, realer Mindestlohn und reale Mindestrente – Veränderungen im Vergleich (2004 – 2018, Januar 2004 = 100)**



Quelle: Gesetze zum Staatshaushalt, Staatliches Statistikamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>

**Grafik 2: Die Rentenkasse der Ukraine – Einnahmen, Transferleistungen, Kredite (in % des BIP)**



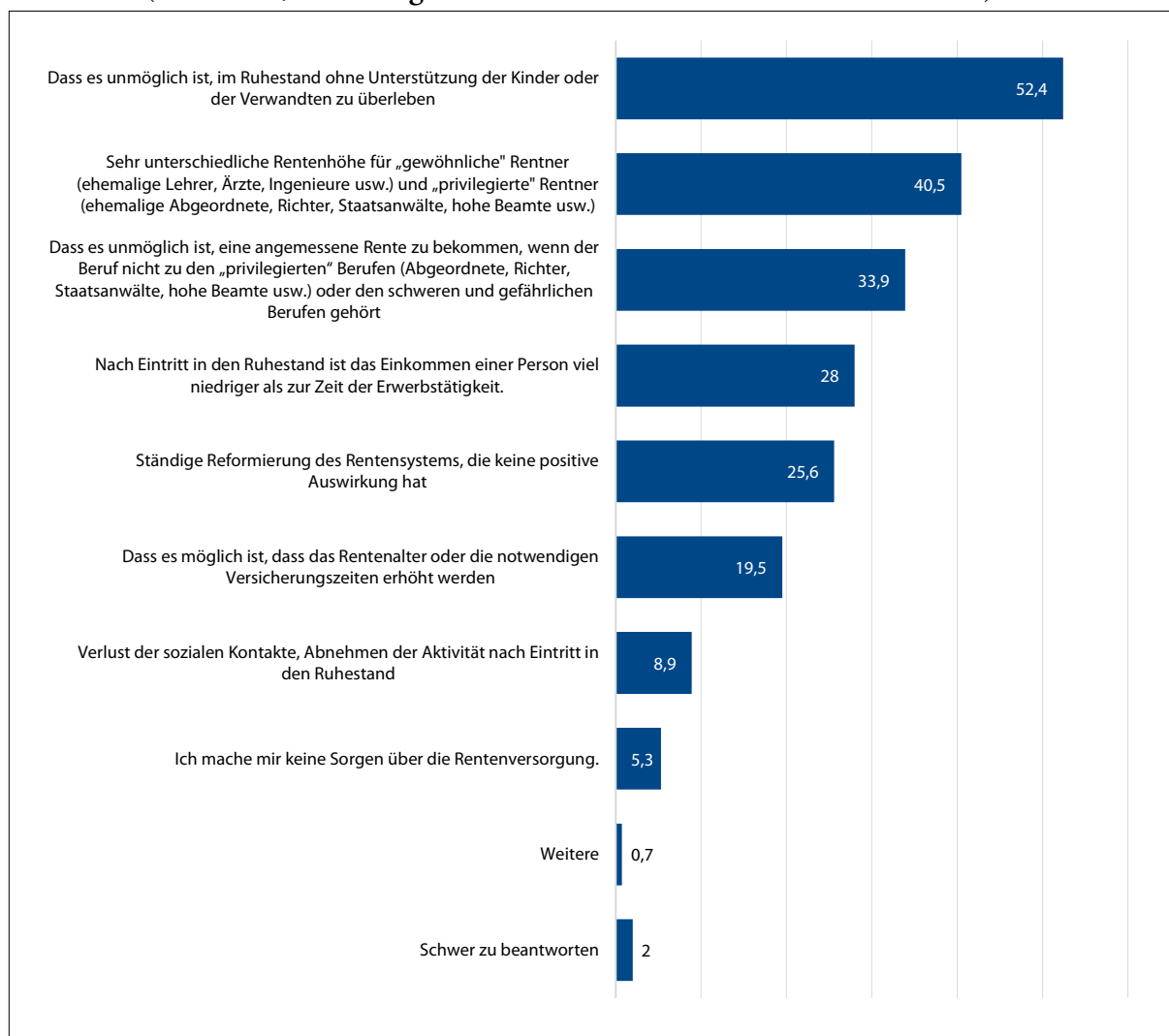
Quelle: Staatliches Statistikamt der Ukraine, <<http://www.ukrstat.gov.ua/>>



## Ansichten der ukrainischen Bevölkerung zum Rentensystem und zur Rentenreform

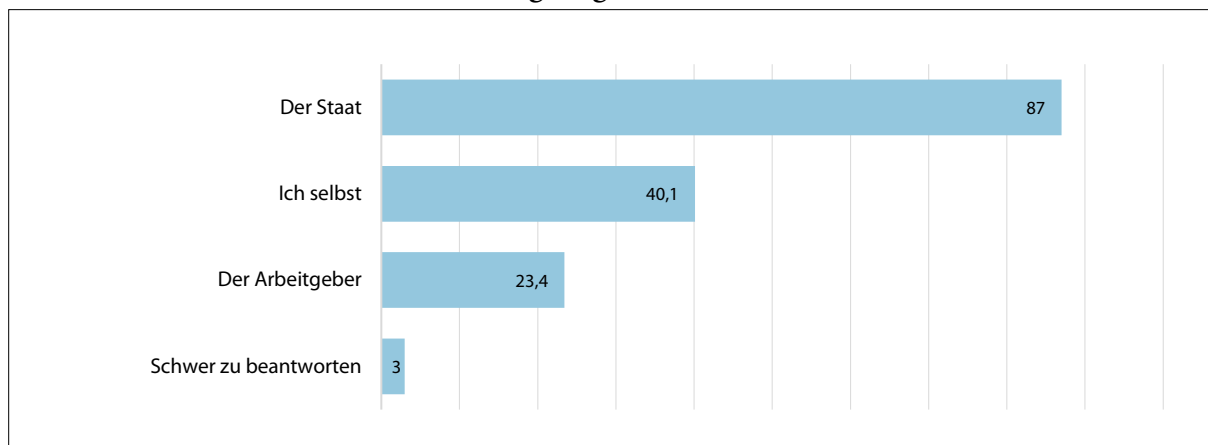
Das Kiewer Rasumkow-Zentrum führte im Mai 2017, also relativ kurz vor Verabschiedung der Rentenreform im Oktober 2017, eine repräsentative Umfrage zum ukrainischen Rentensystem durch. Es handelte sich dabei um eine Befragung der erwachsenen Bevölkerung der Ukraine (außer auf der Krim und in den besetzten Gebiete der Regionen Donezk und Luhansk). Ein Teil der Ergebnisse wird auf den folgenden Seiten präsentiert.

**Grafik 1: Welche Probleme in Bezug auf die Rentenversorgung machen Ihnen die meisten Sorgen? (in Prozent; die Befragten konnten bis zu drei Antworten auswählen)**



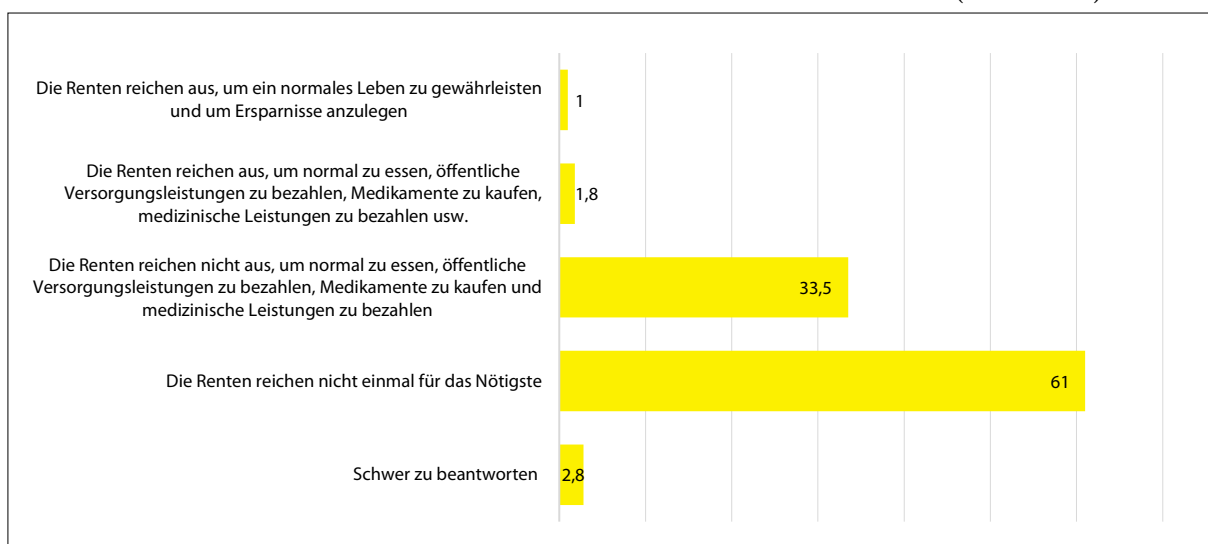
Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 2: Wer sollte Ihrer Meinung nach für eine anständige Absicherung Ihres Alters sorgen? (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

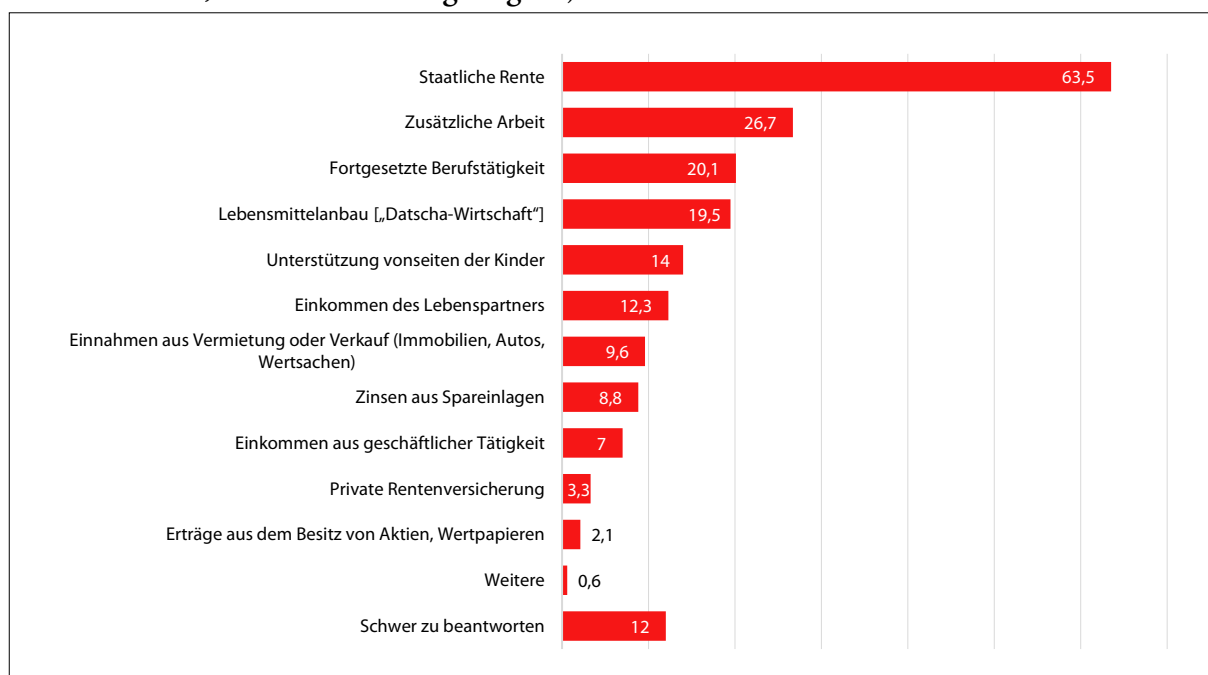
**Grafik 3: Aufgrund Ihrer persönlichen Erfahrung oder der Erfahrung Ihrer Eltern, Verwandten oder Bekannten – inwiefern reicht die Höhe der Rente aus? (in Prozent)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

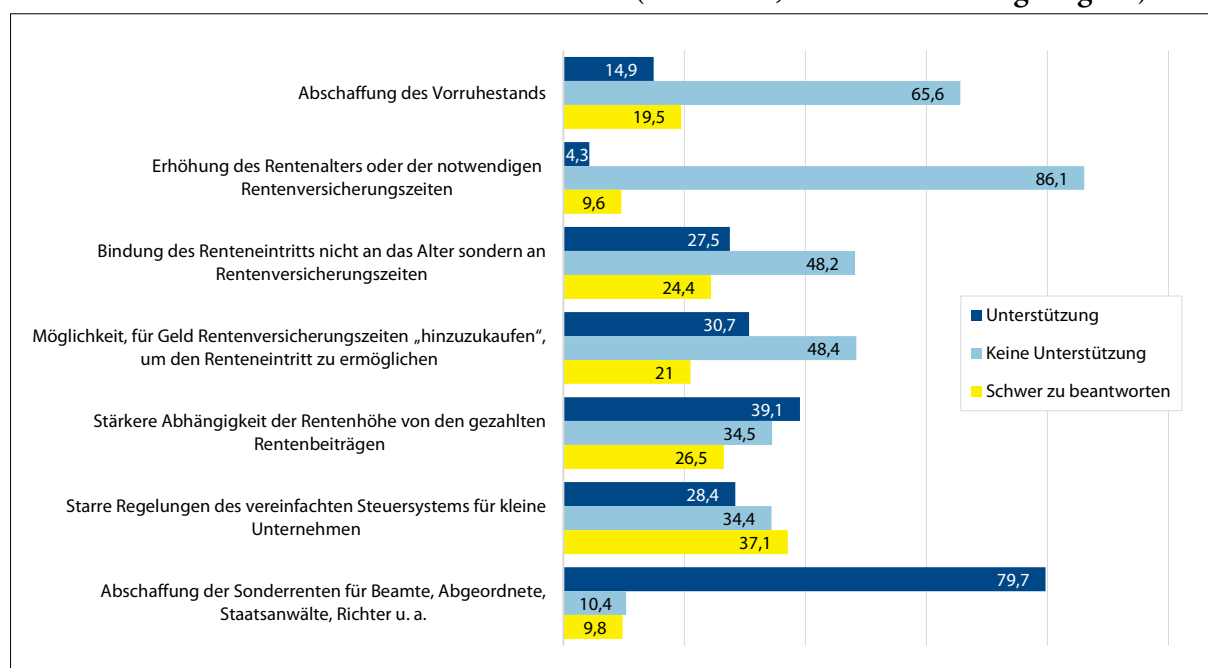


**Grafik 4: Auf welche Einkommensquellen zählen Sie nach Eintritt in den Ruhestand am meisten? (Antworten derjenigen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben; in Prozent; Mehrfachnennung möglich)**



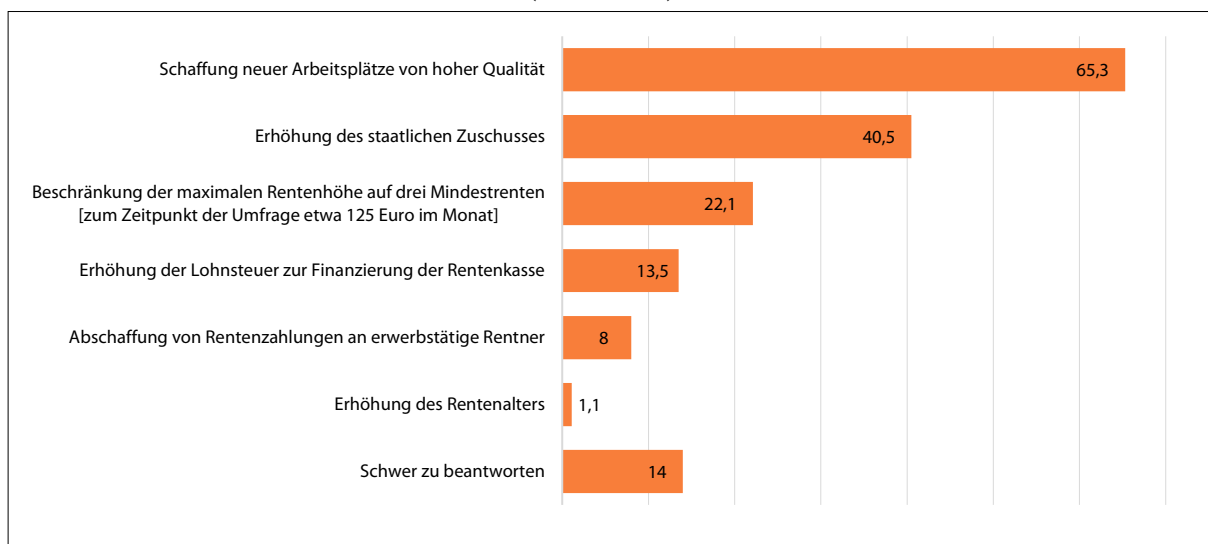
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Lubansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 5: Unterstützen Sie die folgenden Bereiche der derzeit diskutierten Rentenreform oder unterstützen Sie diese Bereiche nicht? (in Prozent, Mehrfachnennung möglich)**



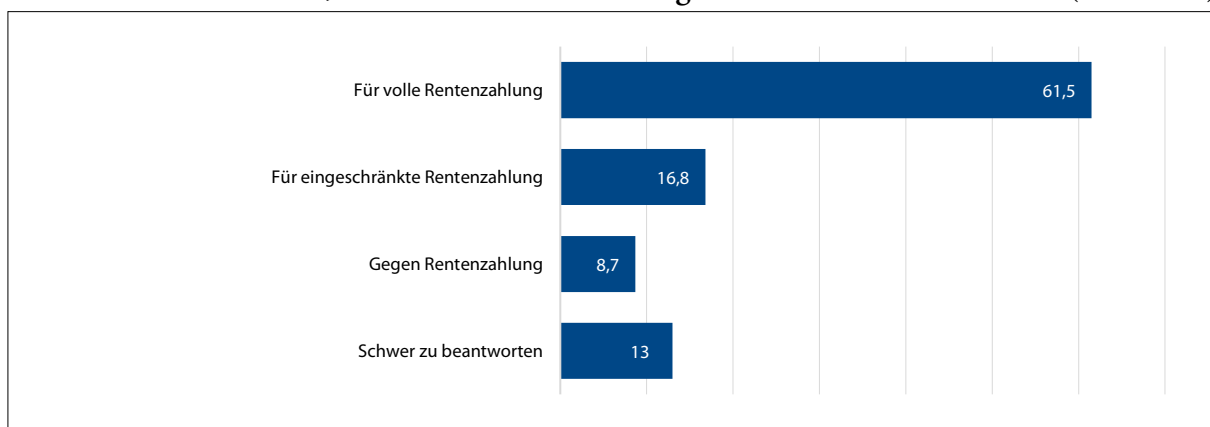
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Lubansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 6: Wie kann Ihrer Meinung nach das Problem gelöst werden, dass die Rentenkasse der Ukraine ein Defizit aufweist? (in Prozent)**



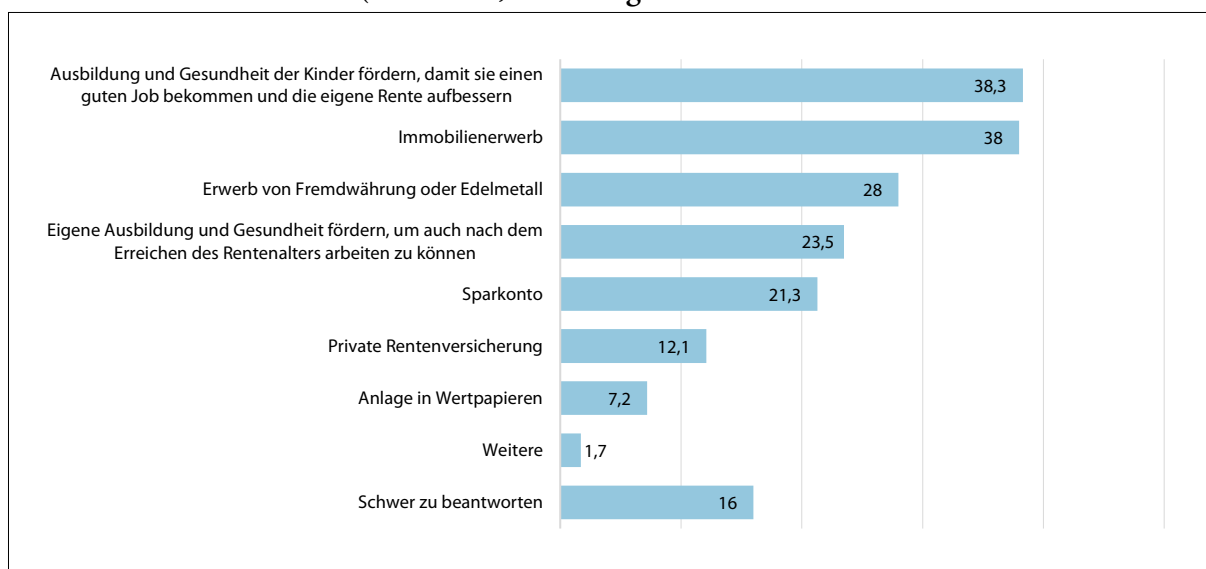
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 7: Sind Sie dafür, die Renten von erwerbstätigen Rentnern einzuschränken? (in Prozent)**



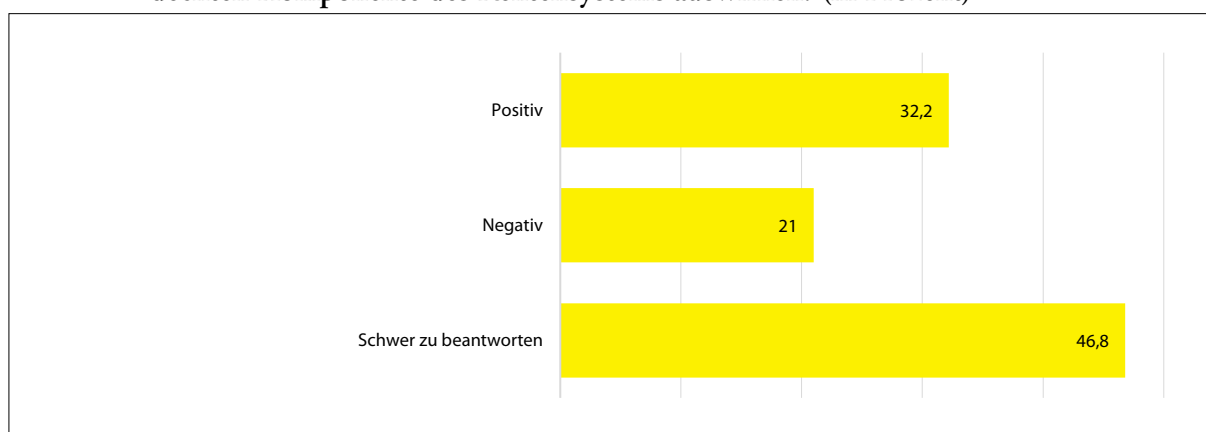
Quelle: repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 8: Wenn Sie die Möglichkeit hätten, zu sparen oder bestimmte Investitionen zu tätigen, einschließlich für eine anständige Absicherung des Lebens im Ruhestand, wie würden Sie das machen? (in Prozent; die Befragten konnten bis zu drei Antworten auswählen)**



Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

**Grafik 9: Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Einführung der obligatorischen kapitalgedeckten Komponente des Rentensystems auswirken? (in Prozent)**

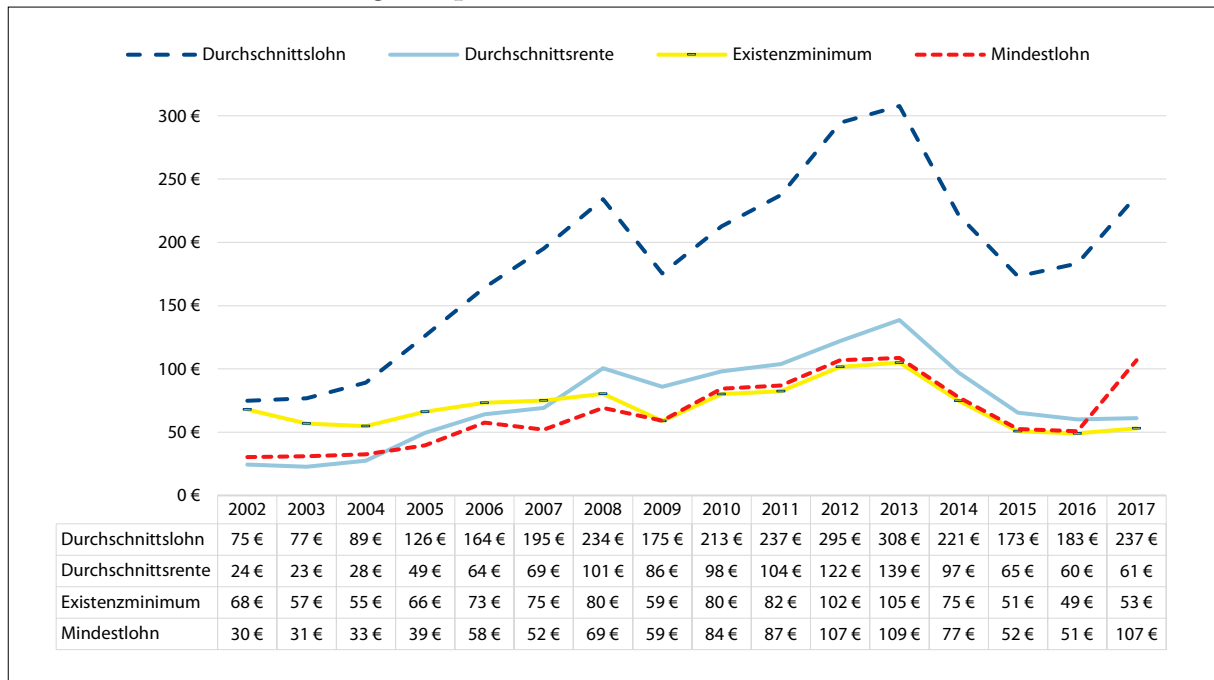


Quelle: repräsentative Umfrage des Rasumkow-Zentrums im Mai 2017 in der Ukraine (ohne Krim und besetzte Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk), 2.024 Befragte, <<http://razumkov.org.ua>>

## STATISTIK

## Aktuelle Sozialdaten

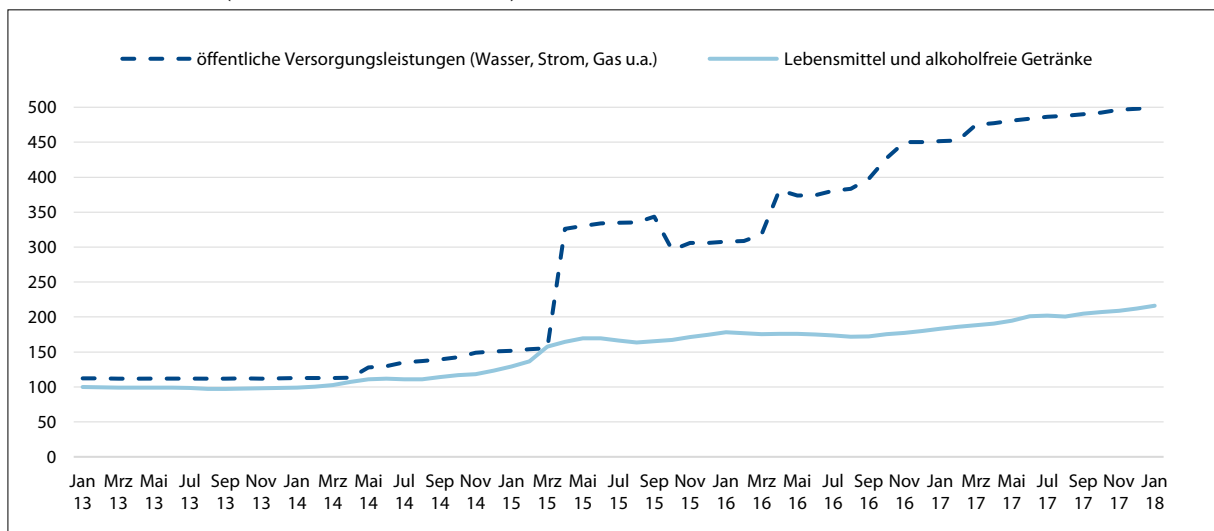
Grafik 1: Entwicklung von Durchschnittslohn, Durchschnittsrente, Existenzminimum und Mindestlohn (Angaben pro Monat, in Euro)



Anmerkung: Ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbass.

Quelle: Durchschnittslohn und Durchschnittsrente vom ukrainischen Statistikamt ([www.ukrstat.gov.ua](http://www.ukrstat.gov.ua)), Existenzminimum siehe Gesetze auf <http://zakon2.rada.gov.ua> und Angaben des Finanzministeriums (<https://minfin.com.ua/>), Mindestlohn nach Angaben des Finanzministeriums, <http://index.minfin.com.ua/index/salary/>. Offizieller Wechselkurs laut Institute for Economic Research and Policy Consulting, *Monthly Economic Monitor Ukraine*, <http://www.ier.com.ua/en>

Grafik 2: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen und Lebensmittel seit 2013 (Dezember 2010 = 100)



Anmerkung: 2014 ohne Krim, ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbass.

Quelle: Statistikamt der Ukraine, [http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is\\_c/ISC\\_2010\\_u.zip](http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is_c/ISC_2010_u.zip)

**Tabelle 1: Verbraucherpreisindex für öffentliche Versorgungsleistungen und Lebensmittel seit 2013 (Dezember 2010 = 100)**

	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	112,3	112,3	112,0	112,0	111,9	111,9	111,9	112,0	112,0	112,1	112,0	112,1
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	99,7	99,5	99,2	99,1	99,1	99,0	98,7	97,2	97,1	97,7	97,9	98,7

	Jan 14	Feb 14	Mrz 14	Apr 14	Mai 14	Jun 14	Jul 14	Aug 14	Sep 14	Okt 14	Nov 14	Dez 14
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	112,5	112,7	112,9	113,2	127,6	129,8	135,0	137,2	139,4	142,4	148,7	150,6
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	99,1	100,3	102,7	107,0	110,9	111,6	110,8	110,7	113,9	116,9	118,4	123,2

	Jan 15	Feb 15	Mrz 15	Apr 15	Mai 15	Jun 15	Jul 15	Aug 15	Sep 15	Okt 15	Nov 15	Dez 15
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	151,4	153,8	155,5	326,1	330,0	333,9	334,6	335,3	343,3	295,9	305,7	305,7
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	129,0	136,3	157,6	164,5	169,6	169,6	166,2	163,4	165,3	167,2	171,3	174,3

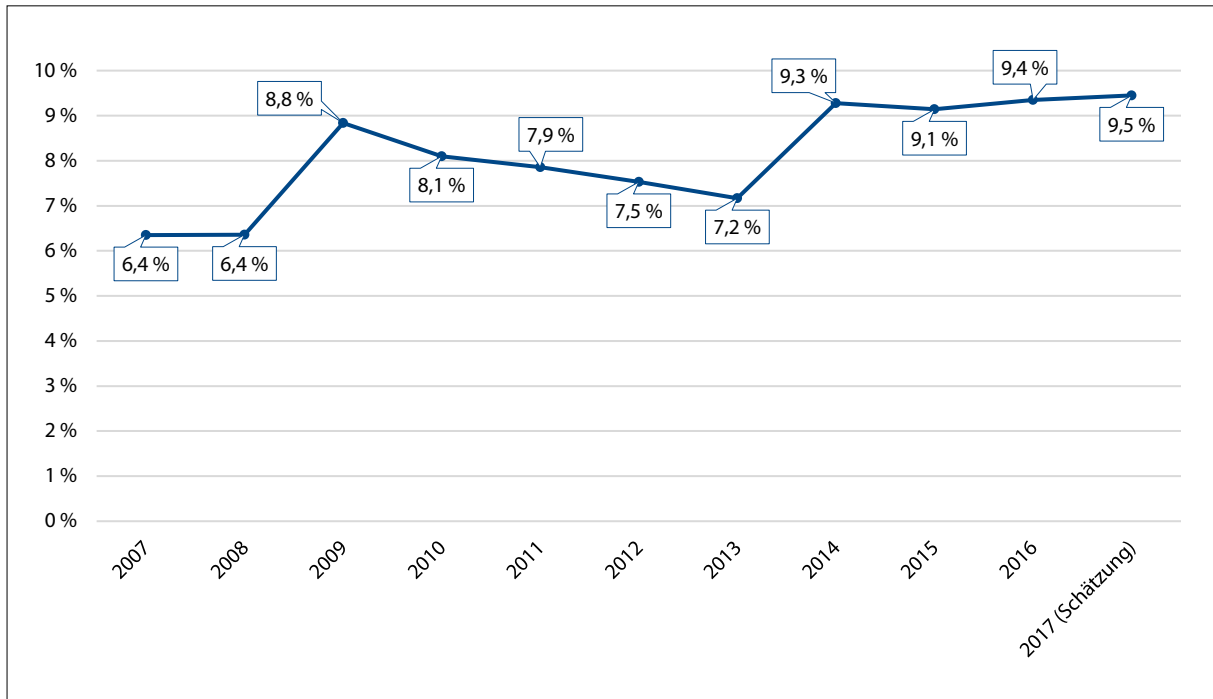
	Jan 16	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16	Jun 16	Jul 16	Aug 16	Sep 16	Okt 16	Nov 16	Dez 16
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	307,8	308,8	317,7	381,6	373,9	374,3	380,7	383,3	397,5	427,3	450,0	450,0
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	178,1	176,8	175,6	175,8	176,1	175,1	173,5	171,8	172,3	175,4	177,1	180,0

	Jan 17	Feb 17	Mrz 17	Apr 17	Mai 17	Jun 17	Jul 17	Aug 17	Sep 17	Okt 17	Nov 17	Dez 17
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	451,3	452,2	474,9	477,2	481,0	483,5	486,4	487,8	489,8	492,2	496,2	497,6
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	183,4	186,1	188,2	190,4	194,8	201,3	201,9	200,7	204,7	206,9	208,8	211,9

	Jan 18
öffentliche Versorgungsleistungen (Wasser, Strom, Gas u. a.)	499,6
Lebensmittel und alkoholfreie Getränke	216,1

Anmerkung: 2014 ohne Krim, ab 2015 ohne Krim und Teile des Donbass.

Quelle: Statistikamt der Ukraine, <[http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is\\_c/ISC\\_2010\\_u.zip](http://ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2012/ct/is_c/ISC_2010_u.zip)>

**Grafik 3: Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Ukraine (ILO-Methode)**

Anmerkung: Daten ab 2014 ohne Krim. Nach der Annexion der Krim wurden die Daten für 2013 neu berechnet, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Quelle: statista, <<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/232508/umfrage/arbeitslosenquote-in-der-ukraine/>>

## 9. – 22. April 2018

09.04.2018	In einem Interview mit dem Handelsblatt erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass der Bau der Pipeline »Nord Stream 2« zwischen Russland und Deutschland der Ukraine enormen Schaden zufügen würde. Durch die Pipeline soll Erdgas von Russland nach Deutschland und von dort weiter in andere westeuropäische Länder transportiert werden. Die Route würde die Ukraine als Transitland umgehen.
10.04.2018	Der Inlandsgeheimdienst SBU durchsucht die Wohnung der Abgeordneten und ehemaligen Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko. Sie sitzt zurzeit in Untersuchungshaft und befindet sich im Hungerstreik. Ihr wird die Planung eines Terroranschlags im Parlament vorgeworfen.
10.04.2018	Die Weltbank meldet, dass die Ukraine bis zum Jahr 2019 zur Schuldentilgung insgesamt 18 Milliarden US-Dollar aufbringen müsse. Die Weltbank empfiehlt der Ukraine dringend die weitere Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds, dem größten Kreditgeber des Landes.
11.04.2018	Die US-amerikanische NGO Freedom House senkt das von ihr erstellte Rating der Ukraine in Bezug auf die Pressefreiheit von 4 auf 4,25. Auf der Freedom-House-Skala ist ein Wert von eins der bestmögliche, ein Wert von sieben die schlechteste Bewertung.
11.04.2018	In der Region Luhansk fährt ein Privatfahrzeug auf eine Mine auf. Alle vier Insassen kommen ums Leben. Die Staatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren wegen Terrorismus.
12.04.2018	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, dem Parlament eine Resolution zum Austritt aus mehreren Teilen des Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Russland vorzulegen. Er erklärt, das Völkerrecht sehe diese Möglichkeit vor. Es handle sich in erster Linie um die Teile des Vertrags zur militärischen Zusammenarbeit und strategischen Partnerschaft. Vollständig werde die Ukraine den Vertrag nicht aufkündigen, da sich beide Länder in ihm dazu verpflichten, die territoriale Integrität des jeweils anderen Landes anzuerkennen. Poroschenko ruft außerdem dazu auf, die Zusammenarbeit der Ukraine mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) offiziell zu beenden.
13.04.2018	Der Bundestagsabgeordnete der AfD Markus Frohnmaier kündigt an, dass mehrere Abgeordnete der AfD zum »Yalta International Economic Forum« auf die Krim reisen werden. Die Abgeordneten reisen privat, erklärt Frohnmaier. Auch eine Fraktionssprecherin der Partei Die Linke bestätigt eine entsprechende Einladung, erklärt jedoch, dass keine Bundestagsabgeordneten nach Jalta reisen würden.
13.04.2018	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow kündigt an, dass die Ukraine die Sanktionen gegen staatsnahe russische Unternehmer, die die USA am 6. April 2018 verhängt hatten, ebenfalls verhängen wird.
14.04.2018	Nach Angaben der Nationalbank fällt der Kurs der Hrywnja weiter auf zurzeit 32,17 Hrywnja für einen Euro.
16.04.2018	Präsident Petro Poroschenko äußert sich erneut zu seinem Vorschlag, die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) offiziell zu beenden. Man werde nicht aus denjenigen Teilen der Vereinbarungen aussteigen, die der Ukraine nützen, z. B. die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen.
16.04.2018	Medien melden, ein Gericht habe bereits im Februar 2018 die Anordnungen aus den Jahren 2015 und 2016 aufgehoben, Konten von Oleksandr Janukowytsch, dem Sohn von Ex-Präsident Wiktor Janukowytsch, einzufrieren. Die Ermittlungsbehörden hätten bisher keinen Verdacht ausgesprochen und nicht nachgewiesen, dass die Mittel auf den Konten zu illegalen Handlungen verwendet wurden.
17.04.2018	Die Umweltschutzorganisation EPL wirft der ukrainischen Armee vor, entgegen ihrer Warnungen in einem Biosphärenreservat an der Schwarzmeerküste Übungen durchgeführt und damit einen Schaden in Höhe von 12 Millionen Hrywna (etwa 370.000 Euro) herbeigeführt zu haben.



17.04.2018	Der stellvertretende Finanzminister Serhij Martschenko erklärt, dass es der Ukraine ohne eine weitere Kredittranche des Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht möglich sein werde, den Zugang zu externen Kreditmärkten zu behalten und dort Staatsanleihen auszugeben.
18.04.2018	Nach eigenen Angaben überprüft der Inlandsgeheimdienst SBU einen Beitrag des Magazins Nowoje Wremja auf den Verrat von Staatsgeheimnissen. Die Prüfung bezieht sich auf einen Beitrag des Mediums, der dem Abgeordneten der Partei Volksfront Serhij Paschinski die Beteiligung an korrupten Geschäften beim Einkauf von Panzern vorgeworfen hatte.
19.04.2018	Journalisten des Projekts bihus.info veröffentlichen einen Bericht über die Einkünfte und Ausgaben der Mitglieder des Ministerkabinetts im Jahr 2017, der sich auf die Angaben der Minister in ihren elektronischen Einkommens- und Vermögensdeklarationen stützt. Danach sei etwa das Vermögen von Innenminister Arsen Awakow um 105 Millionen Hrywna (etwa 3,2 Millionen Euro) angewachsen.
19.04.2018	Der ehemalige Abgeordnete Oleksandr Onischtschenko, der von den Behörden gesucht wird und sich im Ausland befindet, veröffentlicht Audiomaterial, auf dem nach seinen Angaben ein Gespräch mit Präsident Petro Poroschenko zu hören ist. In diesem geht es unter anderem um die Einstellung von Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Umwelt- und Ressourcenminister Mykola Slotschewskij. Sprecher der Präsidentschaftsverwaltung und der Fraktionsvorsitzende des Blocks Petro Poroschenko erklären, Fälschungen würden sie nicht kommentieren. Das Nationale Antikorruptionsbüro meldet, man werde die Aufnahmen untersuchen. Das Büro habe Onischtschenko, der bereits mehrmals angekündigt hatte, Aufnahmen zu veröffentlichen, mehrfach aufgefordert, die Originale der Aufnahmen dem Büro zu übergeben.
20.04.2018	Außenminister Pawlo Klimkin reist nach Toronto, wo er auf Einladung der G7-Staaten mit den Außenministern der G7-Staaten zu Gesprächen zusammentrifft. In den Gesprächen werde es um den Konflikt im Donbass und um Unterstützung für die Reformen in der Ukraine gehen, so Klimkin.
20.04.2018	Die Nationale Agentur zur Verhinderung von Korruption vermeldet, sie habe falsche Angaben in der Vermögensdeklaration des Abgeordneten des Oppositionsblocks Wadim Rabinowitsch aus dem Jahr 2015 gefunden. Es handle sich um Angaben zum Besitz von Firmenanteilen. Bereits im Februar hatte die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Rabinowitsch wegen illegaler Bereicherung aufgenommen.
20.04.2018	Die Generalstaatsanwaltschaft wendet sich an die französischen Sicherheitsbehörden mit der Bitte um Auslieferung des kürzlich von Interpol in Frankreich festgenommenen ukrainischen Staatsbürgers Armen Sarkisjan. Ukrainische Ermittler werfen Sarkisjan die Organisation sogenannter Tituschki während der Proteste auf dem Maidan im Winter 2013/14 vor. Als Tituschki werden junge Männer in Zivil bezeichnet, die in koordinierter Weise Demonstranten angreifen.
20.04.2018	Präsident Petro Poroschenko bringt ein Gesetzesprojekt ins Parlament ein, das es erlaubt, denjenigen Bewohnern der Krim die ukrainische Staatsbürgerschaft zu entziehen, die sich an den von Russland dort durchgeführten Wahlen beteiligt haben.
21.04.2018	Der stellvertretende Außenminister Wassili Bondar erklärt, Ungarn habe in der Region Transkarpatien über 100.000 ungarische Pässe an ukrainische Staatsbürger mit ungarischen Wurzeln ausgegeben. Diese Praxis habe vor allem vor der Aufhebung der Visapflicht für Reisen ukrainischer Staatsbürger in die EU Anwendung gefunden.
21.04.2018	Das Magazin Fokus veröffentlicht eine Liste der 100 reichsten Ukrainer des Jahres 2017. Der Unternehmer Rinat Achmetow belegt mit einem geschätzten Vermögen von 3,1 Milliarden US-Dollar Platz eins. Die Plätze zwei bis vier belegen Ihor Kolomojskyj (1,6 Milliarden US-Dollar), Hennadyj Boholjubow (1,5 US-Dollar) und Wiktor Pintschuk (1,4 Milliarden US-Dollar).

22.04.2018	Finanzminister Oleksandr Daniljuk trifft mit dem Vizepräsident der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis zusammen, um über die Fortsetzung des Kreditprogramms der EU für die Ukraine zu beraten. Nach Angaben von Daniljuks Pressestelle sind die Bekämpfung von Korruption und die Fortsetzung der strukturellen Reformen weiterhin Bedingungen für die Zusammenarbeit. Die EU-Kommission hatte kürzlich das vierte Kreditprogramm zur makroökonomischen Stabilisierung der Ukraine abgesegnet.
------------	--

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich) und Katharina Hinz  
 Sprachredaktion und Übersetzungen: Sophie Hellgardt  
 Chronik: Jan Matti Dollbaum  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.  
 ISSN 1862-555X © 2018 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
 e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



# Kostenlose E-Mail-Dienste auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

## Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

## Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

## Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

## Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

## Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



## Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

